

Die Gegner der Windkraft wollen weniger, die Bundesregierung hofft auf mehr ...

In Deutschland, einem führenden Land im Bereich der Windenergieerzeugung, geht die Installation von Windkraftanlagen zur Stromerzeugung an Land drastisch zurück. Onshore-Windkraftanlagen werden im Jahr 2020 etwa 25% der Stromerzeugung des Landes ausmachen (im Vergleich zu etwa 1% in Japan) und damit die größte Energiequelle darstellen. Die Regierung, die den Ausstieg aus Atomkraft und Kohle beschlossen hat, setzt auf Windkraft.

Bernau ist eine kleine Stadt in der Nähe von Berlin. Am Rande der Stadt, auf Wiesen und nahe Wäldern, ist ein Wald von weißen, über 100 Meter hohen Windrädern. Es gibt mehr als 50 davon. Überdimensionale Anhänger, die mit Propellern beladen sind, halten hier und riesige Kräne montieren neue Windräder.

"Windkraftanlagen haben das Landschaftsbild verändert und dafür werden Wälder gerodet. Die Windkraftanlagen haben die Landschaft verändert". Hans-Jürgen Klemm, 73, wohnt in der Gegend.

Er ist Mitglied einer Oppositionsgruppe, die in der Vergangenheit das Verbot von Plänen zur Installation von Windkraftanlagen in einem anderen Wald in der Umgebung erzwungen hat. Die Zahl der Oppositionsgruppen im Land Brandenburg hat sich in 10 Jahren auf 120 verfünffacht.

"Windkraft ist zu instabil, und sie sollte nicht durch Zerstörung der Natur gewonnen werden." betont Waltraud Pralle, 78, die mit ihm zusammenarbeitet. Etwa 30 Windräder stehen nahe ihrem Wohnort in Brandenburg.

In Deutschland gibt es etwa 30.000 Windenergieanlagen zur

Stromerzeugung an Land, die eine Fläche von fast 1 % des Landes bedecken. Im Jahr 2017 wurden 1.792 neue Einheiten gebaut, aber die Zahl der neuen Einheiten im folgenden Jahr weniger als halb so hoch, und 2019 lag die Zahl bei 325, dem niedrigsten Stand seit etwa 20 Jahren.

Laut dem Bundesverband Windenergie, der sich für den Bau von Windkraftanlagen einsetzt, müssten 2% der Fläche Deutschlands mit Windkraftanlagen bebaut werden, um eine stabile Stromversorgung zu gewährleisten. Allerdings hat die Gesetzgebung die Erneuerung alter Windturbinen erschwert, und die Regierung muß sogar darum "kämpfen", die Kapazität der On-shore-Stromerzeugung, zu erhalten.

Die bürokratische Verfahrensdauer, die früher etwa 300 Tage betrug, hat sich aufgrund der Zunahme an erforderlichen Unterlagen verdreifacht. Nach Erteilung der Genehmigung droht eine "Klagewelle" (so der Verein), und der Bau der Anlagen kommt zum Stillstand.

Nach dem Unfall im Atomkraftwerk Fukushima beschloss die Bundesregierung, in Zukunft auf Atomkraft und Kohle zu verzichten und hat setzte sich das Ziel, bis 1950 etwa 80% des Stroms aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Die Erwartungen an die Windenergie sind besonders hoch, und der Bundestag hat November ein neues Gesetz verabschiedet, das den Bau von Windkraftanlagen auch während eines laufenden Rechtsverfahrens erlaubt.

Frederick Keil, 29, vom Bundesverband Windenergie, behauptet, daß die Ziele der Regierung durch Investitionen in erneuerbare Energien erreicht werden können. "Wir müssen einfach mehr Genehmigungen zum Installieren und Bauen bekommen. Das neue Gesetz ist ein wichtiger Schritt"